

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
<i>Johannes Varwick</i>	
Stationierungserklärung im Wortlaut.....	9
Wortlaut des Schreibens der Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums vom 19.07.2024.....	11
Stationierung von U.S. Mittelstreckensystemen in Deutschland. Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit	15
<i>Wolfgang Richter</i>	
Wie gefährlich ist die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Deutschland?.....	41
<i>Joachim Krause</i>	
Raketenstationierung, außenpolitischer Handlungsspielraum und deutsche Interessen	59
<i>Michael Staack</i>	
Konventionelle Abschreckung erfordert Glaubwürdigkeit	65
<i>Hans-Peter Bartels/Rainer Glatz</i>	
Raketenstationierung: Rolle und Möglichkeiten des Deutschen Bundestages	69
<i>Oscar Prust</i>	
Ein wichtiger Beitrag für mehr Abschreckung	79
<i>Wolfgang Hellmich</i>	
Schlüsselement glaubwürdiger Abschreckung.....	81
<i>Florian Hahn</i>	

Freiheit muss verteidigt werden	83
<i>Alexander Müller</i>	
Abschreckung und Dialog – aus der Krise ein INF 2.0 schaffen	85
<i>Rüdiger Lucassen</i>	
Aufrüstung ohne Dialogangebot	87
<i>Dietmar Bartsch</i>	
Verunsicherung statt Sicherheit	89
<i>Žaklin Nastić</i>	
Autorenverzeichnis	91

Stationierungserklärung im Wortlaut

Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland zur Stationierung weitreichender Waffensysteme in Deutschland vom 10.07.2024

Die Vereinigten Staaten von Amerika werden, beginnend 2026, als Teil der Planung zu deren künftiger dauerhafter Stationierung, zeitweilig weitreichende Waffensysteme ihrer Multi-Domain Task Force in Deutschland stationieren. Diese konventionellen Einheiten werden bei voller Entwicklung SM-6, Tomahawks und derzeit in Entwicklung befindliche hypersonische Waffen umfassen. Diese werden über deutlich größere Reichweite als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa verfügen. Die Beübung dieser fortgeschrittenen Fähigkeiten verdeutlichen die Verpflichtung der Vereinigten Staaten von Amerika zur NATO sowie ihren Beitrag zur integrierten europäischen Abschreckung.

Quelle

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2298418/3505cf65bba4144bf/b2c076c953b2d05/2024-07-10-gemeinsame-erklaerung-usa-ger-nato-gipfel-data.pdf?download=1>

Wortlaut des Schreibens der Staatssekretäre des Auswärtigen Amts und des Verteidigungsministeriums vom 19.07.2024

Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit diesem Schreiben möchten wir Sie über den Hintergrund der jüngsten gemeinsamen Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland zur Stationierung weitreichender konventioneller Waffensysteme in Deutschland informieren.

Russland hat in den vergangenen Jahren massiv im Bereich weitreichender Raketen und Marschflugkörper aufgerüstet. Das umfasst sowohl konventionelle, als auch nuklearfähige (dual-use) und nukleare Systeme. Diese Aufrüstung hat die Bundesregierung mehrfach auch öffentlich thematisiert und Russland zu einer Umkehr von diesen eskalatorischen Maßnahmen aufgefordert. Die Aufrüstung durch landgestützte Flugkörper mittlerer Reichweite wurde von Russland dabei unter Bruch des INF-Vertrags (Intermediate Nuclear Forces Treaty / deutsch: Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme) vorangetrieben, was zum Ende des INF-Vertrags geführt hat. In den letzten Jahren hat Russland diese Aktivitäten noch einmal beträchtlich beschleunigt. Wir beobachten, dass Art und Umfang der massiven russischen Aufrüstung auch über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hinaus zur Aufstellung und Stärkung von gegen den Westen gerichteten Fähigkeiten und Kapazitäten genutzt werden. Mit diesen Waffen bedroht Russland die Länder Europas und hat zu verschiedenen Anlässen auch Drohungen ausgesprochen.

Die durch Russland bereits erfolgte Stationierung von bis weit nach Westeuropa reichenden, auch nuklear bestückbaren Flugkörpern sowie vorhandene multidimensionale Fähigkeiten und der russische Versuch, die Ukraine durch einen Angriffskrieg zu unterwerfen, bringen eine erheblich veränderte Bedrohungslage mit sich. Vor dem Hintergrund dieser Bedrohungslage hat die Bundesregierung 2023 in der Nationalen Sicherheitsstrategie angekündigt, die Luftverteidigung in Europa grundlegend zu verstärken und abstandsfähige Präzisionswaffen zu entwickeln und einzuführen.

Diese Ziele wurden von Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2024 erneut bekräftigt. Eine entsprechende multinationale Initiative („European Long Range Strike Ap-

proach“/ELSA) wurde am Rande des NATO- Gipfels in Washington, D.C. von den Verteidigungsministern Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Polens gezeichnet. Weitere Nationen haben ihr Interesse an der Initiative bekundet. Der grundlegenden Verstärkung der Luftverteidigung in Europa dient auch die von der Bundesregierung im August 2022 lancierte European Sky Shield Initiative (ESSI).

Auch die nun angekündigte, zunächst phasenweise Stationierung weitreichender konventioneller US-Waffensysteme in Deutschland dient dem von der Bundesregierung gesetzten Ziel der Stärkung der Abschreckung und Verteidigung in Reaktion auf die von Russland ausgehende Bedrohung. Mit der Stationierung weitreichender konventioneller US-Waffensysteme in Deutschland bekräftigen die US-amerikanische Regierung und die Bundesregierung gemeinsam erneut die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft für die Verteidigung Europas. Diese Systeme tragen zu einer effektiven und glaubwürdigen Abschreckung und zum Schutz Deutschlands und seiner Verbündeten bei.

Konkret ist beabsichtigt, dass die USA bestimmte Einheiten (Multi-Domain Task Force) in Deutschland ab 2026 mit weitreichenden konventionellen Waffensystemen ausstatten werden. Diese Stationierung soll zunächst zeitweise und im Rahmen von Übungen als Teil der Vorbereitung einer dauerhaften Stationierung erfolgen. Diese Waffensysteme werden über eine deutlich größere Reichweite als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa verfügen. Dies bedeutet eine erhebliche Steigerung der notwendigen Fähigkeiten in Europa. Die USA beabsichtigen die Verlegung mehrerer Systeme. Hierzu gehören Tomahawk- Marschflugkörper, SM-6-Raketen sowie Systeme, die sich mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit (Hyperschall) bewegen können. Genaue Zahlen, Zusammensetzungen und Stationierungsorte sind derzeit noch in der Planung.

Bei all dem bleibt die Bundesregierung in ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik dem Erhalt und der Weiterentwicklung der globalen Rüstungskontrollarchitektur sowie der Reduzierung von Risiken und der Prävention von Eskalation verpflichtet.

Die Bundesregierung hat, zusammen mit den europäischen und amerikanischen Verbündeten, Russland in den vergangenen Jahren mehrfach aufgefordert, keine Mittelstreckensysteme zu entwickeln und zu stationieren und ihre Gesprächsbereitschaft signalisiert. Seitdem hat Russland weitere bodengestützte Mittelstreckensysteme entwickelt und nutzt einige davon in der Ukraine. Russland ist bis heute nicht bereit, diese Systeme abzurüsten und bedroht Europa durch Waffen dieser Art.

Effektive und verifizierbare Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung tragen komplementär zu Abschreckung und Verteidigung zur Sicher-

heit Deutschlands und seiner Verbündeten bei. Die NATO bekennt sich zudem weiterhin dazu, Kommunikationskanäle mit Moskau aufrechtzuerhalten, um Risiken einzudämmen und Eskalation vorzubeugen, so zuletzt auch in der Erklärung des NATO-Gipfels in Washington, D.C. dargelegt. Wir werden Sie über die weiteren Entwicklungen informiert halten. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

*MdB Siemtje Möller, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung und
MdB Dr. Tobias Lindner, Staatsminister im Auswärtigen Amt*

Quelle

Deutscher Bundestag, Ausschussdrucksache Verteidigungsausschuss 20(12)830 vom 22.07.2024

Stationierung von U.S. Mittelstreckensystemen in Deutschland

Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit¹

Wolfgang Richter

Am 10. Juli 2024 haben die USA und Deutschland am Rande des NATO-Gipfels in Washington in einer bilateralen Erklärung angekündigt, ab 2026 landgestützte Raketen (*Long-Range Fires/LRF*) als Teil ihrer *Multi-Domain Task Force* in Deutschland zu stationieren. Dies soll zunächst temporär, dann dauerhaft geschehen. Dabei handelt es sich um *Tomahawk* Marschflugkörper, neu entwickelte ballistische Hyperschallraketen (*long-range hypersonic weapons/LRHW*) sowie Standardraketen des Typs SM-6, die neben Luft- auch Bodenziele bekämpfen können. Ihre Reichweiten würden erheblich über den bisher in Europa stationierten landgestützten Raketen liegen.²

Die Erklärung ergänzt, dass die USA mit der LRF-Stationierung ihre NATO-Verpflichtungen und ihren Beitrag zur integrierten europäischen Abschreckung demonstrieren. Sollte Donald Trump die Präsidentschaftswahl im November 2024 gewinnen, dürfte er sich davon allerdings nicht beeindrucken lassen. Im Übrigen erläutert die Erklärung jedoch nicht den konzeptionellen Zweck der Stationierung, also die Bedrohung, der begegnet werden soll, die geplante Zahl und die Reichweiten der Raketen oder die strategischen und

-
- 1 Die folgenden Ausführungen fußen auf einer Analyse des Autors vom Juli 2024 und dehnen sie auf die nachträglichen nationalen Erläuterungen der Stationierungsentscheidung aus. Vgl. Wolfgang Richter: Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland. Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit. Friedrich-Ebert-Stiftung, Regionalbüro Wien, Juli 2024.
 - 2 The White House. Joint Statement from the United States and Germany on Long-Range Fires Deployment in Germany. 10 Juni 2024, in: <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2024/07/10/joint-statement-from-united-states-and-germany-on-long-range-fires-deployment-in-germany/>.

rüstungskontrollpolitischen Implikationen, die sich daraus ergeben. Auch die bisher verfügbaren Fähigkeiten der NATO in Europa werden nicht bewertet, aus denen sich gegebenenfalls Fähigkeitslücken ableiten ließen.

Nach offen zugänglichen Daten betragen die Maximalreichweiten bei SM-6 Raketen 370 km gegen Luft- und 460 km gegen Bodenziele (auch 740 km–1.600 km werden genannt); bei *Tomahawk* Marschflugkörpern etwa 1.700 km (nach einigen Quellen bis zu 2.500 km); bei LRHW ca. 2.800 bis über 3.000 km.³

Landgestützte Raketen mit Reichweiten zwischen 500 km und 5.500 km waren bis 2019 durch den amerikanisch-sowjetischen Vertrag über Mittelstreckenraketen von 1987 (INF-Vertrag) verboten. Mit dem Stationierungsbeschluss vom 10. Juli 2024 wird erstmals seit 1988 wieder russisches Territorium von deutschem Boden aus mit Mittelstreckenraketen der USA unmittelbar bedroht. Dies verändert zumindest in der Perzeption Moskaus das strategische Gleichgewicht. Es hat bereits eine Gegenstationierung von Mittelstreckenraketen angekündigt und macht keinen Hehl daraus, welche Ziele im Falle eines Konflikts vorrangig ausgeschaltet werden müssten. Damit verschärft sich die politische und militärische Konfrontation zwischen der NATO und Russland. Deutschlands Sicherheit wird einer weiteren Bedrohung ausgesetzt, ohne dass die Risiken der bilateralen Entscheidung sichtbar von anderen Bündnispartnern mitgetragen werden. Im Bündniskommuniqué von Washington wird sie nicht erwähnt.⁴

Die LRF-Stationierung in Deutschland reduziert auch signifikant die Chancen auf eine Wiederbelebung der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Denn nicht nur der russische Vorschlag eines INF-Moratoriums ist somit vom Tisch; sondern als Folge davon schwindet auch die ohnehin schon geringe Aussicht, formelle bilaterale Gespräche über die strategische Stabilität wiederaufzunehmen. Dies wäre die Voraussetzung dafür, dass die USA und Russland einen neuen Vertrag zur Begrenzung strategischer Nuklearwaffen verhandeln oder zumindest den New START-Vertrag verlängern. Wenn er ohne eine flankierende Verständigung Anfang 2026 außer Kraft tritt, gäbe es keine rechtsverbindliche Einhegung eines nuklearen Wettrüstens mehr.

3 Quellen dazu in Wolfgang Richter, Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland. a.a.O., S. 3 f.

4 NATO. Washington Summit Declaration issued by the NATO Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Washington, D.C., 10 July 2024. Press Release 2024 001, last updated 15 July 2024, no. 7, 8, 31, in: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_227678.htm?selectedLocale=en.

Die geplante Raketenstationierung hat somit das Potenzial, die Sicherheitslage Europas und vor allem Deutschlands nachteilig zu verändern. Dass die Entscheidung im Vorfeld nicht im Bundestag und in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert worden ist, sondern durch eine dürre exekutive Mitteilung als vollendete Tatsache verkündet wurde, ist angesichts ihrer Tragweite befremdlich. Zwar wurden im Nachgang einige nationale Erläuterungen ergänzt, doch bleiben eine Reihe konzeptioneller, militärstrategischer, bündnis- und rüstungskontrollpolitischer Fragen offen. Sie sollen hier erörtert werden.

Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius haben unmittelbar nach dem deutsch-amerikanischen Statement öffentlich erläutert, dass angesichts der russischen Bedrohung „Fähigkeitslücken“ bei „Abstandswaffen“ geschlossen werden müssten. Die Abschreckung müsse gestärkt und russische Angriffe aus einem „sicheren Hinterland“ von vornherein verhindert werden, um einen „Krieg zu verhindern“. Es handle sich um eine Übergangsmaßnahme, bis entsprechende europäische Fähigkeiten entwickelt würden.⁵ Von einer „Übergangsmaßnahme“ ist in der deutsch-amerikanischen Erklärung allerdings nicht die Rede, sondern von der Planung, künftig die zunächst temporäre Stationierung in eine dauerhafte umzuwandeln.

In weiteren Erläuterungen der Staatssekretärebene des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums der Verteidigung sowie des SPD-Präsidiums⁶ und in ergänzenden politikwissenschaftlichen Bewertungen zeichnen sich folgende Argumentationslinien ab, um den Stationierungsbeschluss zu rechtfertigen:

1. Russland müsse vor einem Angriff auf NATO-Staaten in Europa abgeschreckt werden. Die Fähigkeit dazu könne es in wenigen Jahren erzielen.
2. Dazu gelte es, eine Fähigkeitslücke zu schließen. Es müsse die Fähigkeit bestehen, russische Führungszentren, Truppen, Flughäfen und Logistik-einrichtungen weit im russischen Hinterland auszuschalten und vor allem russische Raketenbasen zu zerstören, *bevor* sie ihre Raketen starten können.
3. Das strategische Gleichgewicht werde durch die LRF-Stationierung gleichwohl nicht gefährdet, zumal es sich nicht um nukleare Trägersysteme handle.

5 Olaf Scholz, Boris Pistorius in ARD, Tagesschau und Tagesthemen, ZDF-heute und heute journal am 11.07.2024.

6 Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Beschluss des SPD-Präsidiums vom 12.08.2024: „Wir organisieren Sicherheit für Deutschland und Europa“.